

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 29.09.2015
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Selige, Dieter

Mitglieder

Dälken, Martin

Daudt, Georg

Gröne, Christoph

Grottendieck, Jürgen

Jantos, Annette

Pesch, Karl-Heinz

Rehm, Johannes

für Hebbelmann, Udo

Schmechel, Peter

Schmeing-Purschke, Ulrike

für Lücke, Dagmar

Springmeier, Wolfgang

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar

Plogmann, Karl-Heinz

Wolf, Andreas

Krüger, Nele

Protokollführer/in

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Hebbelmann, Udo

Lücke, Dagmar

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

T a g e s o r d n u n g

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr.3/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 15.09.2015
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Jibi-Markt
3.2.	Antrag des DRK auf Bezuschussung eines Carports
3.3.	Antrag der Landvolkhochschule Oesede auf Bezuschussung der Sanierung des Haupthauses
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund - Antrag der Gruppe SPD / DIE LINKE Vorlage: BV/189/2015
6.	Entwurf des Haushaltsplans 2016 - Gesamthaushalt Vorlage: MV/041/2015
7.	Absehbare Veränderungen für den Stellenplan 2016 Vorlage: MV/042/2015
8.	Beantwortung von Anfragen
9.	Anfragen
9.1.	Zuschüsse HCCG (Pferdekompetenzzentrum)
9.2.	Freiwillige Helfer für Flüchtlingshilfe
9.3.	Gewerbegebiet Mündruper Heide
9.4.	Firmenbesichtigung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der

Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Selige eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen oder Einwohner sind nicht anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls Nr.3/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 15.09.2015

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 3/2015 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 15.09.2015 wird genehmigt.

Nachträglicher Hinweis:

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 15.09.2015 wurde Ratsmitglied Georg Daudt vertreten von Ratsmitglied Ludwig Grothaus. In der Anwesenheitsliste des Protokolls wurde Herr Grothaus jedoch versehentlich nicht als anwesendes Mitglied aufgeführt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Jibi-Markt

Erster Stadtrat Plogmann berichtet, der Jibi-Markt habe in der vergangenen Woche den Verkauf am Standort Oesede eingestellt. Nach Aussage des Verwalters der Immobiliengemeinschaft werde die Fa. Rossmann die Ladenfläche übernehmen. Es bleiben jedoch noch Restflächen übrig, für deren Nutzung die Stadt ihr Interesse angemeldet habe. Über die Möglichkeiten der Nutzung durch die Stadt werden demnächst Gespräche geführt. Anschließend werde der Politik ein Vorschlag vorgestellt.

3.2. Antrag des DRK auf Bezuschussung eines Carports

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft wurde bereits über den Antrag des DRK auf Bezuschussung eines Carports berichtet. Ein Gespräch mit dem DRK habe ergeben, dass von den mit 27.700 € angegebenen Gesamtkosten rd. 12.000 € durch Eigenmittel des DRK finanziert werden können. Es verbleibe somit ein Finanzierungsbedarf von rd. 15.000 €. Da für derartige Anträge keine Richtlinien bei der Stadt existieren, müsse im Rahmen der Haushaltsberatungen überlegt werden, wie mit diesem Antrag umgegangen werde. Denkbar sei z.B. eine analoge Anwendung der Sportförderrichtlinien, wonach eine Förderung in Höhe von 20 % der Kosten erfolge.

3.3. Antrag der Landvolkhochschule Oesede auf Bezuschussung der Sanierung des Haupthauses

Die Landvolkhochschule Oesede beabsichtige die Sanierung ihres Haupthauses. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 1,1 Mio. €. Auf den Antrag der Landvolkhochschule auf EU-Fördermittel sei eine Förderung von bis zu 284.000 € in Aussicht gestellt worden. Bedingung sei jedoch, dass eine örtliche Gegenfinanzierung in gleicher Höhe erfolge. Die Landvolkhochschule beantrage daher bei der Stadt Georgsmarienhütte und beim Landkreis Osnabrück einen Zuschuss in Höhe von jeweils 142.000 €. Der Antrag werde in die Haushaltsberatungen 2016 gegeben.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Erster Stadtrat Plogmann verweist auf die in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 15.09.2015 gegebenen Informationen zur finanziellen Lage. Änderungen haben sich seitdem nicht ergeben. Falls der Rat am 01. Oktober 2015 die vom Verwaltungsausschuss gefassten Beschlussempfehlungen zu den Maßnahmen der Priorität 2 bestätige, werde dies zu entsprechenden Verbesserungen im Haushalt führen.

5. Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund - Antrag der Gruppe SPD / DIE LINKE Vorlage: BV/189/2015

Es wird verwiesen auf den vorliegenden Antrag der Gruppe SPD / DIE LINKE und die hierzu vorgelegte Vorlage der Verwaltung.

Von Seiten der Gruppe SPD / DIE LINKE wird ausgeführt, dass insbesondere viele junge Menschen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen stehen, was deren Zukunftsplanung stark erschwere. Mit dem Beschlussvorschlag, dass die Stadt auf befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund verzichte, solle die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und ein Signal in die Gesellschaft geben, dass hier Missstände bestehen, die nicht hingenommen werden sollten.

Von der CDU-Fraktion wird vorgetragen, man habe grundsätzlich Verständnis für das vorgetragene Anliegen der Gruppe SPD / DIE LINKE, da in unserer Gesellschaft viel Schindluder mit befristeten Arbeitsverhältnissen getrieben werde. Die Stadt gehe jedoch mit

diesem Thema sehr sorgsam um, so dass es nicht für erforderlich gehalten werde, den vorgeschlagenen Beschluss zu fassen.

Von der Verwaltung wird erklärt, die Möglichkeit der Befristung von Arbeitsverhältnissen sei gesetzlich geregelt und eine normale Maßnahme des Personalmanagements, die auch zu einer gewissen Flexibilität beitrage. Diese Flexibilität sei bislang auch von der Politik gewünscht gewesen. Die Stadt gehe sorgsam mit befristeten Arbeitsverhältnissen um und es erfolge eine enge Abstimmung mit dem Personalrat, der sich stark für unbefristete Anstellungen einsetze.

Nach Abschluss der Diskussion lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt:

Antrag der Gruppe SPD / DIE LINKE:

Die in der Stadt Georgsmarienhütte bestehenden befristeten Verträge ohne sachlichen Grund werden schnellst möglich in unbefristete Verträge umgewandelt. Die Stadt soll ihre Praxis beenden, befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund zu vergeben und entsprechende Verträge nicht mehr verlängern.

6. Entwurf des Haushaltsplans 2016 - Gesamthaushalt Vorlage: MV/041/2015

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass der Haushaltsentwurf 2016 in den Fraktionsräumen für alle Ratsmitglieder bereit liegt.

Anhand einer Präsentation gibt Herr Plogmann einen Überblick über den Gesamthaushalt. Der Ergebnishaushalt weise im Entwurf einen Fehlbedarf in Höhe von rd. 1,45 Mio. € aus. Allerdings habe sich aktuell folgende Änderung ergeben: Das Land zahle zukünftig für Inklusionsmaßnahmen an Schulen pauschale Zuweisungen. Da es sich bei den Inklusionsmaßnahmen überwiegend um investive Maßnahmen handle seien diese Zuweisungen von der Verwaltung mit 65.000 € pro Jahr als investive Einzahlungen veranschlagt worden. Heute sei jedoch vom Landesamt für Statistik mitgeteilt worden, dass die Zuweisung nicht an der Höhe der tatsächlichen Investitionen, sondern am jährlichen durchschnittlichen Aufwand für Abschreibung und Unterhaltung bemessen werde und daher als Zuweisung für laufende Zwecke im Ergebnishaushalt zu buchen sei. Der Betrag sei nun vom Investitionshaushalt in den Ergebnishaushalt umzuschichten, was dazu führe, dass der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt sich um 65.000 € verringere. Im Investitionsbereich verändere sich der Saldo zwischen investiven Einzahlungen und Auszahlungen entsprechend. Der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt könne durch die aus Überschüssen der Vorjahre entstandenen Überschussrücklage gedeckt werden, so dass ein fiktiver Haushaltsausgleich erreicht werde und kein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen sei. Die Verwaltung habe eine Übersicht über die im Haushaltsentwurf 2016 enthaltenen freiwilligen Leistungen zusammengestellt, die ein Volumen von rd. 2,5 Mio. € einnehmen. Rechnerisch ergäbe sich somit die Möglichkeit, durch Streichung oder Kürzung von freiwilligen Leistungen zu einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu kommen. Ob es an dieser Stelle zu Einsparungen kommen solle, müsse politisch diskutiert werden.

Erster Stadtrat Plogmann verweist nachfolgend auf die im Haushalt bereits „gesetzten“ Bereiche, wie Umlagen (z.B. Kreisumlage, Gewerbesteuerumlage), Zinsen, Abschreibungen und Aufwendungen für Personal und Versorgung, die nicht spontan zu beeinflussen seien. Im Entwurf 2016 betragen diese Aufwendungen insgesamt rd. 36,6 Mio. € und machen damit über 70 % der Gesamtaufwendungen aus. Es wird ferner darauf hingewiesen, dass die Berechnungsgrundlagen für den Finanzausgleich erst Ende November 2015 vom Land mitgeteilt werden. Bei den bislang veranschlagten Beträgen für Kreisumlage,

Schlüsselzuweisungen etc. handelt es sich somit um geschätzte Werte. Ein weiterer Risikopunkt seien die Gewerbesteuererträge, die für die Jahre 2016 bis 2019 durchgängig mit 20,0 Mio. € veranschlagt seien. Auch hier seien bis zum endgültigen Beschluss über den Haushalt 2016 eventuell Anpassungen erforderlich.

Im Investitionsbereich sind für 2016 Auszahlungen in Höhe von rd. 7,5 Mio. € und Einzahlungen in Höhe von rd. 1,1 Mio. € ausgewiesen. Somit sei hier ein Betrag in Höhe von 6,4 Mio. € zu finanzieren. Aus heutiger Sicht könne dieser Betrag mit vorhandenen liquiden Mitteln abgedeckt werden. Falls die Liquidität jedoch z.B. aufgrund geringerer Erträge schneller abnehme, sei vorsorglich eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,0 Mio. € eingeplant worden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen müsse nun intensiv über die geplanten Maßnahmen diskutiert werden.

Ratsmitglied Dälken trägt vor, er habe sich über die Darstellung, die Stadt könne durch Streichung sämtlicher freiwilliger Aufgaben zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen, sehr aufgeregt. Anstelle der Anwendung des „Rasenmäherprinzips“ bei den freiwilligen Leistungen erwarte er von der Verwaltung, dass auch andere Einsparmöglichkeiten aufgezeigt werden, wie z.B. die Änderung von Strukturen und Standards.

Bürgermeister Pohlmann erklärt hierzu, die Darstellung der Verwaltung sei nicht als Vorschlag zur Streichung der freiwilligen Leistungen zu verstehen, sondern diene dazu, in eine politische Diskussion einzusteigen, ob man sich ein Defizit leisten wolle. Hierbei müsse auch über Leistungen gesprochen werden, die in den vergangenen Jahren aufgebaut worden seien. Gleichzeitig müsse man auch offen sein für strukturelle Veränderungen.

Ratsmitglied Jantos erklärt, ihrer Ansicht nach diene die Auflistung der freiwilligen Leistungen dazu, Denkanstöße zu liefern und Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Man sei nun gefordert, intelligente Lösungsmöglichkeiten zur Reduzierung des Fehlbedarfes zu finden. Ein ausgeglichener Haushalt sei zwar von allen gewünscht, die Verwaltung habe aber aufgezeigt, dass dies nicht so ohne weiteres machbar sei.

Bezugnehmend auf die Darstellung der Verwaltung, sie habe vorab rd. 1 Mio. € Aufwendungen aus dem Haushalt gestrichen, bitte sie um eine Information über die entsprechenden Positionen.

Ratsmitglied Dälken stellt dar, die Stadt habe in den vergangenen Jahren gute Zeiten gehabt und verfüge dementsprechend noch über Rücklagen. Inzwischen entstehen im Ergebnishaushalt jedoch wieder Defizite und im Investitionsbereich laufe man Gefahr, in eine Neuverschuldung zu geraten. Man müsse rechtzeitig anfangen umzudenken und sei nun gefragt, vernünftig die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Ratsmitglied Springmeier erklärt, in den vergangenen Jahren sei das Mittelmaß völlig verloren gegangen und man habe sich in vielen Bereichen zu viel erlaubt. Um Einsparungen zu erzielen, müsse man nun konsequenter vorgehen und auch unbequeme Entscheidungen treffen.

Ausschussvorsitzender Selige weist darauf hin, dass der Finanzausgleich und die Gewerbesteuer die entscheidenden Größen im Haushalt darstellen. Die Entwicklung dieser Positionen in den nächsten Monaten sei entscheidend. Man sei nun gefordert, die Diskussion um Sparmöglichkeiten mit Vernunft und Augenmaß anzugehen, dürfe dabei aber nicht in Panik verfallen. Eine Nettoneuverschuldung solle möglichst vermieden werden, da in absehbarer Zeit wieder ein Zinsanstieg zu erwarten sei, der wiederum zu einer höheren Belastung für den Ergebnishaushalt führe.

Nach Abschluss der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass die Klausurtagungen für die Haushaltsberatungen sowohl von der CDU-Fraktion als auch von der Gruppe SPD / DIE LINKE auf den 14. November 2015 terminiert wurden. Von der Gruppe SPD / DIE LINKE wird mitgeteilt, dass ein zusätzlicher Termin am 10. November vorgesehen sei.

7. Absehbare Veränderungen für den Stellenplan 2016

Vorlage: MV/042/2015

Ausschussvorsitzender Selige verweist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Mitteilungsvorlage der Verwaltung. Im Hinblick auf eine Haushaltskonsolidierung müsse geprüft werden, ob alle dort aufgeführten Stellen wirklich erforderlich seien.

Zu der in der Vorlage unter Ib (Überprüfung elektrischer Geräte) aufgeführten Position erklärt Erster Stadtrat Plogmann, die Überprüfung elektrischer Anlagen in städtischen Gebäuden sei haftungsrelevant und müsse daher vorgabenkonform durchgeführt werden. Für die Überprüfung der rd. 7.500 Geräte und Kabel sei es günstiger, eine eigene Kraft einzustellen, als die Aufgabe durch Externe erledigen zu lassen. Außerdem sei vorgesehen, die Kraft auch als Urlaubs- und Krankheitsvertretung für städtische Hausmeister einzusetzen.

Da mit einer Erhöhung der Zuweisungsquote für Flüchtlinge gerechnet werden müsse, werden auch für den Bereich der Flüchtlingsbetreuung zusätzliche personelle Kapazitäten benötigt. Dieser Bedarf werde wahrscheinlich schon kurzfristig entstehen und nicht erst im Jahr 2016. Die Thematik werde deshalb in eine der nächsten Sitzungen des Verwaltungsausschusses eingebracht, um die notwendigen Personalressourcen zu beraten. Auf Anfrage aus dem Ausschuss, ob für die Flüchtlingsbetreuung auch Einnahmen erzielt werden, wird von der Verwaltung geantwortet, dass zwar der Bund an die Länder 10.000 € pro Fall zahle. Ob und wieviel das Land an die Kommunen weiterleite sei derzeit noch unklar, so dass momentan keine Einnahmen eingeplant werden können.

8. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

9. Anfragen

9.1. Zuschüsse HCCG (Pferdekompetenzzentrum)

Ratsmitglied Schmechel fragt an, ob die in den vergangenen Jahren gezahlten Zuschüsse an das Pferdekompetenzzentrum nun ausgelaufen seien. Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

9.2. Freiwillige Helfer für Flüchtlingshilfe

Ratsmitglied Springmeier fragt an, ob für die Flüchtlingsbetreuung auch freiwillige Helfer eingesetzt werden können.

Von der Verwaltung wird hierzu geantwortet, dass derzeit rd. 40 freiwillige Helfer zur Verfügung stehen. Die Arbeit dieser freiwilligen Helfer müsse aber ebenfalls koordiniert werden, was durch den Ehrenamtslotsen aber auch durch städtische Mitarbeiter geleistet werden solle.

9.3. Gewerbegebiet Mündruper Heide

Ratsmitglied Pesch erkundigt sich, ob es für das Gewerbegebiet „Mündruper Heide“ Interessenten gebe.

Herr Wolf erklärt, es gebe Interessenten. Falls konkrete Kaufabsichten bestehen, werde es dann eine Beschlussvorlage geben.

9.4. Firmenbesichtigung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

Ausschussvorsitzender Selige fragt an, ob seitens des Ausschusses Interesse bestehe, weitere Georgsmarienhütte Firmen zu besichtigen.

Die Mitglieder des Ausschusses erklären, dass grundsätzlich Interesse an weiteren Besichtigungen bestehe, jedoch erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen Anfang nächsten Jahres.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige
Vorsitz

Plogmann
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung